

BUNDESAMT FÜR AUSSENWIRTSCHAFT
 Dienst für Entwicklungsfragen/Handelssektion

740.7 - hae

Bern, 9. Mai 1990

Gesprächsnotiz

Bruno Manser/Sarawak und die ITTO

Kopie an: Botschaft Kuala Lumpur
 Botschaft Tokyo
 EDA/Pol.Abt.II
 EDA/DIO (E. Hofer/C. Ducret)
 EDA/DV (J.-D. Vigny)
 EDA/DEH (L. Currat/W. Hunziker)
 EDI/BUWAL
 blf, gir, jag, kum, hae/mej

Bruno Manser wurde als Vorkämpfer für die Rechte der Urbevölkerung Sarawaks (Malaysia) gegenüber der Regierung und den ausländischen Holzfällgesellschaften bekannt und hat auch in der schweizerischen Presse und Öffentlichkeit einiges Aufsehen erregt. Nach jahrelangem und grösstenteils illegalem Aufenthalt in Sarawak ist er vor kurzem in die Schweiz zurückgekehrt. Auf sein Verlangen hat ihn der Unterzeichnete am 8.5.90 zu einem Gespräch empfangen. Auch Roger Graf von der Gesellschaft für bedrohte Völker (Schweiz) sowie J. Meichle (BAWI) nahmen daran teil.

Anlass zu diesem Gespräch ist die bevorstehende Ratssitzung der Internationalen Tropenholzorganisation (ITTO) in Denpasar (Indonesien) vom 16.-23.5.90. Eine hochkarätige Expertenkommission hat erstmals im Auftrag der ITTO die Forstpolitik und -praxis in Sarawak untersucht und wird ihren Bericht unterbreiten.¹ Die Schweiz hat die Kosten dieser sechswöchigen Untersuchung mitfinanziert, jedoch nicht daran teilgenommen. Das Mandat der Kommission bezog sich entsprechend den Zweckbestimmungen der ITTO auf die Forstpolitik und nicht auf Land- oder Menschenrechte; die Kommission hatte jedoch auch die Auswirkungen der Forstpolitik zu untersuchen und es wurde ihr ausdrücklich der Zugang zu allen Gebieten und Bevölkerungskreisen eingeräumt.

Manser hat zwei Anliegen: ein sofortiges *Moratorium* für Holzextraktion in den von den Urbewohnern noch auf traditionelle Weise bewohnten und bewirtschafteten Gebieten und die Errichtung von *Biosphärenreservaten* für Einheimische, wie sie von der malaysischen Regierung vorgesehen werden (s.E. allerdings völlig ungenügende Dimensionen). Er erkundigt sich, ob und wie die ITTO bzw. andere Organisationen derartige Anliegen zu den ihrigen machen könnten. Der Expertenkommission wurden laut Manser vorerst nur "gekaufte"

1. Dem Vernehmen nach wird in diesem Bericht besonders die Forstpraxis stark kritisiert. Die diesbezüglichen Aussagen der von der Kommission befragten einheimischen Bevölkerung sowie zum Thema Land- und Menschenrechte seien jedoch eher gemässigt ausgefallen.

Notiz

Einheimische gezeigt; einer "repräsentativen" Gruppe gelang es allerdings, bis zur Kommission vorzustossen und mit dieser in Abwesenheit der lokalen Regierungsvertreter zu sprechen.

Unsere Stellungnahme lautete wie folgt:

- Die enge Fassung des ITTO-Mandates und die Notwendigkeit eines konsensualen Vorgehens beschränken die Arbeiten der Organisation auf Tropenholzproduktion, -verarbeitung und -vermarktung. Besonders solange die erst 1987 operationell gewordene ITTO noch in ihren Kinderschuhen steckt, soll sie sich auf ihre wichtigste Aufgabe, den "policy advice" für Produzentenländer beschränken. Langfristiges Ziel ist die Erarbeitung von dauerhaften Bewirtschaftungsmethoden, welche die Erträge maximisieren ohne die Biosubstanz zu gefährden. Der Dialog mit allen Beteiligten ist dazu das am besten geeignete Mittel.
- Empfehlungen der ITTO über regulatorische Massnahmen, Holzfällpraxis, Einzonungen und Abgrenzung von Gebieten, welche sich für Holzextraktion nicht eignen, müssen auf die jeweiligen Gegebenheiten abgestimmt sein. Sie können indirekte Auswirkungen auf die einheimische Bevölkerung haben, werden jedoch primär im Hinblick auf die Organisationsziele abgegeben. Wir hoffen, dass die ITTO in konstruktiver Zusammenarbeit mit Malaysia und der betroffenen Bevölkerung die Erarbeitung geeigneter Waldbewirtschaftungsmethoden weiterführen wird. Wie wir dies bereits in Festland-Malaysia sowie in Brasilien und Bolivien tun, wären wir auch für Sarawak bereit, bei der Finanzierung eines ITTO-Projekts mitzuhelfen, dessen Ziel die Demonstration verschiedener nachhaltiger und integrierter Bewirtschaftungsmethoden ist. Dabei könnten auch die Erfahrungen der Urbevölkerung mit dem "sustainable development" berücksichtigt werden.
- Für politische, humanitäre und vorwiegend ökologische Anliegen sind andere Gremien innerhalb und ausserhalb des UNO-Systems zuständig.

Herr Manser beabsichtigt, auch andere Teile der Bundesverwaltung zu kontaktieren.



Ch. Häberli